

Eimsbüttler **ROT**

Eimsbüttler Rot, Zeitung der DKP-Gruppe Hamburg-West
V.i.S.d.P.: Rudi Christian, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

Die Zeitung der DKP für Eimsbüttel und Umgebung

www.dkp.de

Die Kreuzigung des palästinensischen Volkes und das „neue Deutschland“

Die Regierung Scholz mit christlich firmierender Scheinopposition hat im Gaza-Krieg offenbar völlig den Kontakt mit der Realität verloren. Trotz aktuell mehr als 20 000 Toten, zu zwei Dritteln Frauen und Kinder, und 60 000 Verwundeten, spricht sich diese Regierung gegen einen Waffenstillstand für GAZA aus. Dieses schon pervers zu nennende Maß an Gnadenlosigkeit und Kriegsbesessenheit wird begleitet von dümmlicher Propaganda a la Israel als „Insel der Demokratie“, umzingelt von Diktaturen und Autokraten. Aber Israel ist das, was es ist - und das schon seit seiner Gründung: Eine brutale, rücksichtslose Kolonialmacht, die versucht, Millionen von Palästinensern mit roher Gewalt zu unterdrücken und zu vertreiben, ein Apartheidstaat, der den Palästinensern jegliche Rechte verweigert und weiter zu verweigern beabsichtigt. Denn in den politischen Richtlinien der gegenwärtigen israelischen Regierung heißt es ausdrücklich, dass das jüdische Volk ein ausschließliches Recht auf das ganze Land Israel besitzt. Palästinensische Bürger dieser Ethnokratie Israel sind darum bestenfalls geduldete Bürger zweiter Klasse. Die Palästinenser in den besetzten Gebieten besitzen überhaupt keine Rechte. Sie werden als Bürger dritter Klasse in einem Zustand permanenter Unterordnung gehalten.

Aber kein deutscher Politiker beschreibt Israel deshalb als Apartheids- und Besatzungsregime. Aus Staatsraison! - wie es heisst. Und aus politischer Feigheit, denn die israelische Regierung betreibt eine globale Kampagne gegen alle Kritiker

**Herr,
vergib ihnen
nicht!**

**Denn sie wissen,
was sie tun**

des Staates Israel, insbesondere gegen Unterstützer von BDS (Boycott Divestment Sanction), zu dessen Befürwortern - neben anderen ehemaligen Staatsoberhäuptern - auch Ex-Kanzler Helmut Schmidt gehörte.

Sie haben absichtlich Antizionismus mit Antisemitismus gleichgesetzt, um jede begründete und legitime Kritik zum Schweigen zu bringen. Diese Kampagne war in Deutschland äußerst erfolgreich.

Gesetze gegen BDS-Unterstützer wurden verabschiedet, Vertretern der israelischen Opposition sperrte man angemietete Räume und auf allen möglichen Ebenen wurden „Antisemitismus-Beauftragte“ installiert. Dabei übersieht man in Berlin, dass Menschen überall in der Welt schockiert sind über die Bedingungslosigkeit der westlichen Unterstützung für Israel mit Waffen, Geld und Diplomatie und der überwiegende Teil der Welt den Westen aufgrund dieser Politik als eine völlig unmoralische Kraft betrachtet.

Auch im Ukraine-Nato-Krieg erkennt man einen bemerkenswerten Widerwillen, sich den Tatsachen zu stellen.

So wie im GAZA-Krieg behauptet der Westen - und allen voran Berlin - Russland habe den Krieg „unprovokiert“ und „anlasslos“ begonnen. Es stimmt zwar, dass Hamas und Russland die Kriegshandlungen begonnen haben, aber es stimmt vor allem, dass beiden trotz größter - und immer wiederholter - Bemühungen keine Chance eingeräumt wurde, sich friedlich mit ihrem Gegenüber zu verständigen und daß beide Kriege eine lange Vorgeschichte haben.

Ohne Verstand und Moral

Als die Sowjetunion zusammenbrach und der Kalte Krieg zu Ende ging, versicherten die Staats- und Regierungschefs der USA und Westeuropas den sowjetischen und dann auch den russischen Führern: *"Es wird keine Ausdehnung der NATO auch nur um einen Zentimeter nach Osten geben"*. So US-Außenminister James Baker am 9. Februar 1990 gegenüber Michail Gorbatschow. Seit 2007 hat Russland wiederholt davor gewarnt, dass die Streitkräfte der NATO an den russischen Grenzen nicht toleriert werden können - so wie russische Streitkräfte in Mexiko oder Kanada für die USA nicht tolerierbar

wären oder wie 1962 die sowjetischen Raketen auf Kuba. Aber seither hat es sechs „Erweiterungsrunden“ der NATO gegeben. Russland sah darum die geplante NATO-Erweiterung in der Ukraine als extreme Provokation.

Spätestens mit dem Putsch auf dem Maidan 2014 zeigten die USA, dass sie nicht bereit waren, auf die Sicherheitsinteressen Russlands Rücksicht zu nehmen. Sie setzten eine US-Marionettenregierung ein und taten alles, um die Streitkräfte der Ukraine in die Nato-Strukturen einzubinden. Gemeinsame Manöver wurden abgehalten und die Einwände der russischen Regierung wurden ständig überhört.

Die Minsker Abkommen sollten eine Lösung für die inneren Konflikte in der Ukraine finden.

Das Minsk-2-Abkommen sollte die Rechte der russischen Minderheit sicherstellen und eine föderale Struktur erschaffen. Es macht darum betroffen, wenn der damalige Bundesaußenminister Steinmeier und heutige Bundespräsident diese Verhandlungen inzwischen als Fehler ansieht. Noch betroffener macht, dass Frau Merkel heute sagt, das sei alles nicht ernst gemeint gewesen. Man habe der Ukraine nur Zeit verschaffen wollen, um aufzurüsten. Und zur vollen Wahrheit gehört, dass die Verantwortlichen in der Ukraine nicht einen Tag lang ernsthaft daran gedacht haben, die im Abkommen vorgesehenen Maßnahmen umzusetzen.

Heute ist offensichtlich, dass die Regierung in Kiew verzweifelt versucht, dass das Engagement des Westens und der Nato die Grenze zur direkten Intervention überschreitet. Das hätte dann unweigerlich die direkte Auseinandersetzung der beiden Super-Atommächte zur Folge und wäre für Europa der Schritt in den Abgrund.

Es bliebe kaum Zeit für ein Stoßgebet. Darum:

Herr vergib ihnen nicht, denn sie wissen, was sie tun!

Was man 2014 noch sagen „durfte“ ...

„FAZ und Die Zeit haben ob des Wunsches nach Frieden und Gespräch nur arrogant mit dem Kopf geschüttelt - soweit man einen Kopf halt schütteln kann, der bis zum Hals im Arsch der Amerikaner steckt.“

TV-Kabarettist Max Uthoff („Die Anstalt“/ZDF)

Ein Baum für Ralf

Ralf Peters starb vor einem Jahr, am 18. Dezember.



Jetzt, am 16. 12. erinnerten Aktive der Eimsbüttler Friedensinitiative, der Initiative „Grünfrass stoppen!“ und politische Freunde an diesen auf vielen Feldern aktiven Menschen Ralf Peters. Im Eimsbüttler Stadtpark pflanzten sie einen Erinnerungsbaum, denn Ralf sah und fühlte sich vor allem auch für seinen Stadtteil Eimsbüttel verantwortlich. Nicht etwa weil er Abgeordneter der Bezirksversammlung war. Ralf lebte und litt mit seinem Stadtteil. Das betraf vor allem die laufende Verdichtung, die Zubetonierung und die soziale Verödung durch die Gentrifizierung des Stadtteils. Er wußte ja, Eimsbüttel ist bereits jetzt der höchstverdichtete Teil Hamburgs, hier gibt es das geringste Angebot an Frei- und Grünflächen und hier gibt es die unbezahlbarsten Mieten. Trotzdem sollte mit jährlich 1100 neuen Wohnungen und Gewerbeflächen nachverdichtet werden.



Selbstverständlich gehörte Ralf da zu den Aktiven der Initiative „Grünfrass Stoppen“, die Tausende Unterschriften gegen den Abriss der Schrebersiedlung Mühlenkoppel sammelte, die Jahre protestierte gegen den Abriss von 62 benachbarten günstigen Einfachwohnungen und den Verkauf von 12 Hektar (120 000

qm) Gartenland an die Beiersdorf-AG (Milliardärs-Clan Herz). Eine der letzten Schandtaten des Scholz-Senats, weil die behauptete Verwendung (Produktionserweiterung) zum Verkaufsdatum längst hinfällig war. Ralfs allerletzter „Rettungsversuch“ galt der Entmietung und dem gesteuerten Verfall der Methfesselstrasse 80, an dessen Fassade noch immer ein letztes von ihm gefertigtes Protestplakat mahnt. Und dieser so ganz aktive Eimsbüttler Zeitgenosse und Heine-Verehrer Ralf Peters schrieb Eimsbüttel-Gedichte und träumte von apfelbaumgesäumten Stadtstrassen. Darum mußte ein Apfelbaum gepflanzt sein. („Cox Orange“).

Mit Ralf fehlt ein unermüdlicher Friedenskämpfer. Hunderte Infostände mögen es gewesen sein und tausend Flugblätter, die er mit uns verteilte und oft auch verfasste.

Ralf hatte eine Menge Freunde und genoss die Achtung auch seiner politischen Gegenspieler, was noch einmal in der einfühlsamen Abschiedsrede des Vorsitzenden der Bezirksversammlung Eimsbüttel zum Ausdruck kam.

Wir können Ralf nicht ersetzen, aber wir konnten ihm einen Baum pflanzen und hoffen, dass er gedeiht und sich mit ihm Ralfs Vermächtnis erfüllt.

Beiersdorf

„Bei Beiersdorf wissen wir, dass die Bekämpfung des Klimawandels die zentrale Herausforderung unserer Zeit ist.“

Schlechtestmögliche Note - trotz gekaufter CO₂-Zertifikate

In einer aktuellen Analyse, die die Volksbanken-Gruppe in Auftrag gab, wurde untersucht, wie sich die CO₂-Emissionen der 40 DAX-Konzerne im Zeitraum 2017 bis 2022 entwickelt haben. Die Beiersdorf AG rangierte zwar im oberen Drittel, aber nur, was die Verarbeitungswerte vor Ort betrifft. Das sind gerade mal 4 Prozent des CO₂-Aufkommens über die ganze Produktlinie gerechnet. Stellte man dies in Rechnung, erhielt Beiersdorf mit 8 anderen Kandidaten die schlechtestmögliche Note.

Damit nicht genug. Im Mai 23 mußte Beiersdorf vor dem Hamburger Landgericht eine Unterlassungserklärung unterzeichnen. Der Hintergrund: Nivea-Produkte wurden als „100 Prozent klimaneutralisiert“ beworben. Was der Verbraucher nicht erfuhr: Nivea hatte die 100 % mit gekauften CO₂-Zertifikaten geschmiert.

Die ElbPhi am Schlump: Exzellenzforschung scheitert an Grundrechenart – und Russen

Die Elbphilharmonie hat Konkurrenz bekommen, denn sie stand bisher einsam an der Spitze, wenn es um die Vervielfachung von Baupreisen ging. Sie kostete damals mehr als das Zehnfache der kalkulierten Kosten - fast 1 Milliarde Euro. Nun ist ihr der Universitätsbau „Haus der Erden“ am Schlump auf den Fersen. Der Prestigebau für die Geo-Wissenschaften sollte 2019 bezugsfertig sein und 177 Millionen Euro kosten, hat aber jetzt bereits die 425er-Latte gerissen und eine Fertigstellung ist völlig offen. Das Gebäude, das mit „Exzellenz-Forschung“ die Hamburger UNI in den Akademikerhimmel heben sollte, droht nun an der Grundrechenart der Addition zu scheitern.

Immerhin wußte die zuständige Senatorin exakt die Gründe für das Desaster zu nennen. Na, raten Sie mal: „Die Pandemie und der russische Angriffskrieg haben die Kostenexplosion am Schlump ausgelöst“. so Frau Fegebank (Die Grünen).

Spekulanten verspotten Grundgesetz

Fünf Jahre nach Zwangsräumung von 26
Wohnungen prüft Bezirksamt „offene Fragen“



Grindel Nr 80

„Wir haben es so erlebt, dass die Mieter vom Eigentümer regelrecht rausgeekelt wurden“, berichtet Rolf Bosse, Vorsitzender des Mietervereins zu Hamburg, über die Machenschaften des

Eigentümers. Es ist ein übliches Szenario. Besitzer lässt Wohnungen verkommen, weil er auf Abriss spekuliert. Ein anderer behauptet, beim Kauf betrogen worden zu sein. Die Stadt hätte längst eingreifen können, aber ein Zwangsversteigerungsverfahren für das gelbe Haus im Jugendstil sei eingeleitet worden und stehe nun einer öffentlichen Treuhandschaft im Wege.

10 Jahre Mieterschikane und die zuständigen Bausachverständigen und Juristen des Bezirksamts- in Sichtweite- berufen sich auf offene Fragen.

Wie heißt es so schön im Grundgesetz §14: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Aber man ahnt es ja: Über dem Grundgesetz stehen allemal die Hamburger Verwaltungsvorschriften.

Ein Wahlhamburger befragt einen Spiegel-Titel Bin ich ungerecht, Herr Scholz?

Ich sitze und schüttele den Kopf, ich blicke immer wieder auf diese Titelseite jenes Magazins, das sich mal als „Sturmgeschütz der Demokratie“ verstand. Blicke auf einen glatzköpfigen Mann, der mich vor dunklem Hintergrund bitterböse, ja, drohend anstarrt, harter Mund, harter Blick und mich wissen lässt, mich regelrecht anherrscht, so daß es mir kalt den Rücken runterläuft: **„Wir müssen endlich in großem Stil abschieben“.**

Der Mann, der mich mit seinem Abschiebesatz erschreckt – es ist der Bundeskanzler und er kommt aus jener Stadt, die sich rühmt, „das Tor zur Welt“ zu sein, eine Stadt, die ohne das Ausland und den damit verbundenen Geschäften keinen Moment lang existieren könnte. Bin ich ungerecht, Herr Scholz? Fakt ist: Aus Afghanistan stammt das zweitgrößte Kontingent an Asylbewerbern. Also aus einem Land, das einen zwanzigjährigen Großeinsatz hinter sich hat. Fakt ist: Seit März 2020 kamen 1,1 Millionen Menschen aus der Ukraine nach Deutschland. Nach Angaben des Innenministeriums sind das acht von zehn Schutzsuchenden. Sie kommen also aus einem Land, in das Deutschland für viele, viele Milliarden Euro Waffen geschickt hat und weiterhin schicken wird.

Der Wahlhamburger ist Arno Luik, früherer Autor beim Stern und Chefredakteur der „taz“, und dies ist ein Auszug aus einem Abendblatt-Beitrag.



Wird das alles bald verschwinden?

Blohm & Voss: Es gilt das gebrochene Wort

Die Arbeiter und Angestellten der ehemaligen Großwerft Blohm & Voss sind nicht zu beneiden. Ganze 420 Beschäftigte sind übriggeblieben von vormals 6000 bzw. den 1000, die der Bremer Rüstungs- und Yachtbauer Lürssen 2016 übernahm. Dabei hatte Lürssen den Beschäftigten Aufschwung und Zukunft versprochen. Stattdessen wurden umgehend 300 von ihnen entlassen. Dann waren ihm die verbliebenen immer noch zuviel. Der 2016 übernommene Standort sei weiterhin nicht wettbewerbsfähig. Und zuletzt hieß es:

Das Geschäft mit Handelsschiffen, die Wartung von Kreuzfahrtschiffen, womöglich das ganze Reparaturgeschäft würden aufgegeben. Geprüft werde darum, welche Docks, Hallen und Lagerplätze noch gebraucht werden.

Lürssen nennt den Ausverkauf zynischerweise ein *"Konzept, das die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und damit sichere Arbeitsplätze zum Ziel hat"*. Wer soll das glauben? - auch wenn jetzt in der Hamburger Presse von einer Aufstockung um ca 60 Arbeitsplätze die Rede war. Aber im nächsten Jahr sollen anteilig 4 Fregatten für die Bundeswehr in Bau gehen. „Ein Milliardengeschäft“, dass von der ausgedünnten Belegschaft gar nicht abgearbeitet werden könnte. Es riecht nach Winkelzügen. Nur weiß keiner, wie die aussehen werden. Denn schon im Mai 2020 hatten Lürssen und die Werft German Naval Yard (GNY) in Kiel (früher HDW) mitgeteilt, ihren Bau von

Marineschiffen zusammenlegen zu wollen. Zwar war davon seitdem nichts mehr zu hören, aber die Politik fordert immer wieder, dass die im internationalen Vergleich kleinen deutschen Rüstungswerften zusammengehen sollten. Diesem Wink wird sich Lürssen kaum verschlossen haben, denn die Politik ist sein maßgeblicher Auftraggeber – von der ein oder anderen Luxusjacht mal abgesehen. Aber auch dafür hat Lürssen freie Kapazitäten in Rendsburg.

Der Betriebsrat weiss also, dass sich durch eine Zusammengehen mit Kiel das Milliardengeschäft für Hamburg in Luft auflösen kann und von der Politik keine Unterstützung zu erwarten wäre. Auch bei den letzten Entlassungen fand man dort kein Gehör. Die Hamburger Wirtschaftsbehörde tat, was sie in solchen Fällen immer tut: Sie appellierte „an die Sozialpartner, keine Möglichkeit einer Einigung unversucht zu lassen“, so die „Zeit“. Aber was heißt das anderes, als den jeweiligen Plänen der Vegesacker Unternehmenszentrale zuzustimmen?

Platz für eine Hafen-City II?

Darauf könnte Lürssen am Ende spekulieren, der neuerdings auch groß in Immobilien macht. Das ganze erinnert fatal ans Ende der 80er-Jahre. Damals hat man die weit modernere staatliche HDW für die Sanierung der maroden privaten B&V-Werft geopfert. Das Gelände auf Ross wurde für die Hafenlogistik benötigt.

„Thyssen-Zusagen sind schon nach einem Vierteljahr nichts mehr wert“, fasste der damalige Betriebsratsvorsitzende von B&V-Ross, Holger Mahler, seine Erfahrungen zusammen. Und, wie man bei B&V aus bitterer Erfahrung weiß, haben auch Lürssen-Zusagen kaum längere Verfallszeiten.

„Wer mit der Ukraine zu tun gehabt hat, der weiß, dass das ein Land ist, das auf allen Ebenen der Gesellschaft korrupt ist.“

Jean-Claude Juncker, von 2014 bis 2019 Präsident der EU-Kommission.

Warum Nazi-Ukraine?

Berlin und Mainstream-Presse wollen es „Auf Teufel komm raus“ nicht wissen, wen sie da mit schweren Waffen und Milliarden Euros meinen schützen zu müssen. Es ist nicht das ukrainische Volk, sondern es sind seine Verderber, die seit dem Maidan 2014 in Kiew die Oberhand haben. U.a. Folgendes könnte unseren Berliner Kriegs-Alliierten zu denken geben:

Der polnische Ministerpräsident Morawiecki zitierte im Januar das ukrainische Parlament, die Werchowna Rada, Diese hatte anlässlich des 114. Geburtstages des Nazi-Kollaborateurs und zugleich neuen Nationalhelden der Ukraine, Stepan Bandera, erklärt:

„Der vollständige und höchste Sieg des ukrainischen Nationalismus wird eintreten, wenn das russische Reich aufhört zu existieren.“

Derzeit geht der Kampf mit dem russischen Reich weiter“, so die Werchowna Rada weiter, und merkte an, dass der Stabschef der ukrainischen Armee, Waleri Saluschnyi, sich „dieser Anweisungen von Stepan Bandera sehr wohl bewußt“ sei.

Der polnische Präsident dazu:

„Mir fehlen die Worte der Empörung über jegliche Handlungen, durch die die Verantwortlichen für die Verbrechen in Wolhynien gelobt oder geehrt werden. Damals (1943) verstarben zwischen 100 000 und 200 000 Polen durch die Hand von Ukrainern. Es war ein Völkermord. Wir werden das nie vergessen.“

Tausende Ukrainer, die sich weigerten, mit den Bandera-Faschisten zusammenzuarbeiten, wurden ebenfalls brutal ermordet und viele Zigtausend Juden, die Morawiezki hier nicht erwähnt.

Fundsache "Junge Welt"

FRIEDLICHER DEMONSTRANT DES TAGES

Alexandr Musitschko



Im Dezember 1994 brachte ihn und andere eine Militärmaschine über Georgien in den Kaukasus, um russische Streitkräfte zu bekämpfen. Musitschko war Kommandant der UNA-UNSO in Tschetschenien, sprengte nach eigenen Angaben mehrere Militärfahrzeuge in die Luft und erwarb sich einen Ruf als Folterer. Nach Aussage eines Zeugen brach er russischen Gefangenen systematisch die Finger, stach Augen aus, riß Zähne und Nägel aus, bevor er sie erschoss. Der tschetschenische Präsident Dschochar Dudajew, der u. a. Russisch aus Schullehrplänen strich, ehrte ihn dafür als »Held der Nation«. Zurück in der Ukraine setzte Musitschko seine politische Karriere fort, kandidierte für das Parlament und trat zuletzt als »friedlicher Demonstrant« auf. Ein Internetvideo zeigt ihn auf einer Kundgebung in Rowno als Kalaschnikow schwingenden Aufmunterer zum Morden. Dieser Drang in die Öffentlichkeit machte nun russische Ermittler aufmerksam. Am Freitag schrieben sie ihn international zur Fahndung aus. (ast)

Der Herr (englisch Muzychko) ist Chef des »Rechten Sektors« in der Westukraine. Sein Bekenntnis lautet: »Ich werde Juden, Kommunisten und russischen Abschaum bekämpfen, bis ich sterbe.« Faul war er in dieser Hinsicht nicht. 1991 betätigte er sich auf seiten Aserbaidshans im Krieg um die armenische Enklave Nagorny Karabach – als Mitglied der paramilitärischen »Ukrainischen Nationalversammlung – Ukrainische Nationale Selbstverteidigung« (UNA-UNSO). Als deren Ausbilder drillte er ab 1993 ukrainische Freiheitskämpfer in einem Lager bei Ivano-Frankivsk.

Ergänzende Info:

2016 wurde ein Kiewer Boulevard nach Bandera benannt. Besonders obszön deshalb, weil diese Straße nach Babi Jar führt, zu der Schlucht am Stadtrand von Kiew, an der deutsche Nazis mit Unterstützung ukrainischer Kollaborateure in zwei Tagen weit über 30.000 Juden in einem der größten Einzelmassaker des Holocaust ermordeten.

28 Jahre unterdrückt: Geheimbericht des Bundesrechnungshofs

„Brüder und Schwestern“ ausgeplündert

Ab 1990 kauften westdeutsche Banken ihre ostdeutschen Konkurrenten Milliarden D-Mark unter Wert. Der Bundesrechnungshof prangerte das an. Der Bericht blieb 28 Jahre lang als „geheim“ eingestuft.

Ein ausgezeichnetes Geschäft für westdeutsche Banken: Im Zuge der Wiedervereinigung 1990 erhielten private Banken aus der BRD wie die Deutsche Bank Zugriff auf DDR-Staatsbanken. Sie kauften die Banken, die in der DDR für Zahlungs- und Kreditgeschäfte zuständig waren. Ein ausführlicher Bericht des Bundesrechnungshofs beklagte fünf Jahre später, dass die Kaufsummen viele Milliarden D-Mark zu niedrig angesetzt waren. Wir veröffentlichen hier erstmals [den Bericht](#), der 28 Jahre lang als geheim eingestuft war. Der Bericht lag „Frontal 21“ schon 2010 vor, [das ZDF veröffentlichte ihn aber nicht](#).

Für ein Trinkgeld Milliarden erhalten

Nach dem Bericht des Bundesrechnungshof zahlte beispielsweise die westdeutsche DG-Bank für den Kauf der DDR-Genossenschaftsbank insgesamt 106 Millionen D-Mark – weit unter Wert, wie der Rechnungshof kritisierte. Denn die DDR-Bank hatte noch Altkreditforderungen in Höhe von 15,5 Milliarden D-Mark offen, die sie einfordern konnte. Diese gingen an die DG-Bank über. Genauso zahlte die Berliner Bank AG aus dem Westen für die Berliner Stadtbank AG aus dem Osten nur 49 Millionen D-Mark, erhielt dafür aber Altkreditforderungen im Wert von 11,5 Milliarden D-Mark. Neben den milliardenschweren Altkreditforderungen erhielten die westdeutschen Banken direkt sämtliche

Filialen ihrer ostdeutschen Konkurrenten mit dazu.

Noch Monate bevor es am 3. Oktober 1990 zur Wiedervereinigung kam, hatten sie sich damit auf einen Schlag im gesamten Gebiet der bald neuen Bundesländer ausgebreitet.

Die rasche Privatisierung der Banken war nach Ansicht der Rechnungsprüfer wesentlicher Grund für den anschließenden Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft.

Denn die westdeutschen Banken hoben die Zinsen für diese Altkreditforderungen im Anschluss an, was die staatlichen DDR-Banken zuvor nicht getan hatten. Ostdeutsche Unternehmen, die offene Schulden bei den Banken hatten, mussten diese nach der Privatisierung auf einmal zu deutlich höheren Zinsen begleichen, wozu sie in der Regel nicht mehr in der Lage waren.

Irrer Grüner fordert Atomwaffen

Es waren die Zeiten, als die Grünen noch als seltsame Spezies galten: Ostermarschierer,



Feministinnen, Rauschbärte, Ökoschlappen. Und eben Fischer: Mal ist er dick, mal ist er dünn. Und selten ist er gut gelaunt. Bei den Grünen kämpfte Fischer gegen die Fundis - sie stellten seine Autorität in Frage. Beim Parteitag in Bielefeld 1999 fliegen Farbbeutel - weil Fischer, im Außenminister-Establishment angekommen, deutsche Soldaten in den Krieg auf den Balkan schicken wollte. Der Außenminister Fischer verließ die politische Bühne und versilberte seine Karriere. Jetzt fordert er die Atombewaffnung der EU.

Anzeige

Die Frankfurter Rundschau registrierte 1988 verwundert:

„Eine kleine Hamburger Werft macht an der Küste Schlagzeilen wie sonst nur Schiffbaugiganten“

Die Geschichtswerkstatt Eimsbüttel hat ein sehr schön illustriertes Buch herausgegeben. Darin wird der erfolgreiche Kampf der Belegschaft der Hamburger Werft Pohl & Jozwiak gegen den Untergang des Unternehmens mit seinen 125 Arbeits- und Ausbildungsplätzen geschildert. Von besonderem Interesse dürften die darin geschilderten Voraussetzungen für diesen ungewöhnlichen Erfolg und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen sein. Allerdings vermissen wir ein Kapitel: In diesem Betrieb gab es neben der sehr gut organisierten Belegschaft eine rege Parteigruppe der DKP, was einen Unterschied ausmachte. Wir empfehlen es darum aktiven Gewerkschaftsmitgliedern - die mehr wollen als nur für Sozialpläne zu streiten - als kurzweiliges Lehrmaterial im Sinne von Ernst Thälmanns „Jeder Betrieb sei unsere Burg“.

Das WUNDER vom KOHLESCHIFFHAFEN

CHRISTIAN
ZILLICH

Über den Widerstand einer Belegschaft gegen den Untergang ihrer Werft -
eine fast vergessene Episode in der Hamburger Hafengeschichte



Das Buch ist zu beziehen durch:

Geschichtswerkstatt Eimsbüttel,
Sillemstrasse 79, 20257 Hamburg
Telefon: 040 490 4622



Auch unseren „woken“ Eimsbüttler
Grünwählern ein gesünderes

Jahr 2024

und einen schärferen Blick auf die Welt

Vor allem denen, die sich in der mentalen Blase im westlichen Kulturraum einer Minderheit häuslich eingerichtet haben, die nach ihrer Selbsteinschätzung immer auf der richtigen Seite stehen und deren Gefühlswelt nichts anderes kennt als die Extreme von Abscheu und Verzückung, allen diesen in ihrer Wahrnehmung Getrübten sei gewünscht, sich in der Welt umzuhören. Verlasst die Apps, die euch den bequemen Aufenthalt in der eigenen Blase garantieren und sprecht mit den Menschen. Mit denen, die in ihren eigenen Ländern leben, wenn möglich auch mit denen, dafür verantwortlich sind, dass es so ist, wie es ist.

Und sprecht mit denen, die alles verloren haben, weil ihr es so wolltet. Weil sie eure Regeln nicht als die ihren ansahen und die auf dem Geburtstag ihres Großvaters oder bei der Hochzeit seiner Enkelin von aus Rammstein gesteuerten Drohnen abgeknallt wurden wie einst die Hasen auf der Jagd im längst untergegangenen Britischen Empire. Vor allem mit denen!

Frei nach Georg Mersman